



Aus dem Inhalt:

- Erste Umschau im III. Reich
- Der Bankrott des Nationalsozialismus
- Einheitsfront
- Zu den Betriebsrätewahlen
- „Ingenieursozialismus“
- Enormer Mitgliederrückgang im ADGB
- Bericht aus Dänemark

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-UNION
 (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

14. Jahr. Nr. 3/4 Februar 1933 Preis 10 Pfg.

Es soll wieder gewählt werden!

5. März — Und was dann? Hitlers Kurs

Der Reichstag wurde nach dem Regierungsantritt der Hitler-Papen-Hugenberg nach Hause geschickt — weil eine „arbeitsfähige“ Mehrheit angeblich nicht vorhanden sei. Ueber diese Begründung der Auflösungsordre ist das katholische Zentrum mit allem Ernst empört, ... denn es sei gar nicht gefragt worden, ob es eine Regierung Hitler-Papen-Hugenberg tolerieren wolle. Allem Anschein nach wollte das Zentrum als treuer Sattelknecht der deutschen Bourgeoisie auch Hitler gegenüber da „Zünglein an der Waage“ spielen. Um diese Rolle ist es nun gebracht worden, und macht es in der großen Einheitsfront der Republikverteidiger mit in „Opposition“.

Alles Streiten darüber, ob die Auflösung des Reichstages usw. zu recht geschehen sei, oder ob da auf Seiten der Hitler-Papen ein Verfassungsvergehen vorliegt, ändert nichts an der Tatsache, daß wieder gewählt werden soll. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch bei dieser Wahl die Haltung des Reichskanzlers Hitler und seiner Ministerkollegen, die ganz offen erklären, daß diese Wahl vorläufig die letzte sei. Daß man auf Grund der Verhandlungen der regierungstreuen Presse die Behauptung aufstellen darf, daß die Herrschenden dieser Tage am 6. März nicht freivollig von der Bildfläche verschwinden werden, falls die Regierungsparteien nicht die verfassungsmäßige Mehrheit erhalten, soll damit unsererseits nicht gesagt sein. Fest steht jedoch, daß der gegenwärtige Reichskanzler „den Weg gehen will, der nötig ist“, denn er sagte in seiner Rede vom 10. 2. 33 u. a.:

„Um Gott und dem eigenen Gewissen Genüge zu tun, haben wir uns noch einmal an das deutsche Volk gewandt. Es soll selbst nun entscheiden. Wenn dieses deutsche Volk uns in dieser Stunde verläßt, so müge uns der Himmel verzeihen; wir werden den Weg gehen, der nötig ist, daß Deutschland nicht verkommt!“

Und der Universalmittelminister Hugenberg sagte in seiner großen Wahlrede:

„Es hängt alles davon ab, daß die rettenden Kräfte die Macht behalten — wie sie es auf alle Gefahr hin wollen.“

Diese Äußerungen aus erster Hand lassen ganz eindeutig erkennen, daß die angebliche Reichsregierung absolut nicht die Absicht hat, zu verschwinden, falls die Stimmzetteltaktion nicht die gewünschte parlamentarische Mehrheit bringt.

Und das stellt die deutsche Arbeiterschaft vor die entscheidende Frage:

Was geschieht nach dem 5. März, wenn die Hitler-Papen-Hugenberg trotz Wahlniederlage ihre Macht nicht abtrotzen?

Es darf bei Beantwortung dieser Frage nicht verkannt werden, daß die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg in parlamentarischer Weise beseitigt werden, — weil sie keine Massenbasis hatte. Die Papenregierung Nr. 2 hat diese Massenbasis in der Nazisbewegung gefunden, und es ist sehr zweifelhaft, ob diesmal mit parlamentarischen Mitteln allein ein Regierungswechsel herbeigeführt werden kann. Dabei muß noch hinzugefügt werden, daß selbst ein nochmaliger Regierungswechsel noch lange kein Systemwechsel ist. Das hat der allzu häufige Regierungswechsel der letzten Monate zur Genüge unter Beweis gestellt.

Die Äußerungen aller nationalen Herren, die dieser Tage in Posten und Pöstchen geklettert sind, deuten an, daß

man vorläufig mal eine Weile an den Futterkrippen sitzen bleiben will.

Und die sich täglich häufenden Ueberfälle auf Arbeiter und die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen liefern die Begleitmusik dazu. Was sich am letzten Sonntag in Eisleben abgespielt hat, ist nur ein Markstein in der Entwicklung des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterschaft. Derartige Ueberfälle auf Arbeiter und Arbeitereigentum werden sich vielleicht in den nächsten Wochen bis zum 5. März noch öfter ereignen, denn gewisse Kreise spielen ja schon ziemlich offen mit dem Verbot aller kommunistischen Organisationen. Und der Blutsontag von Eisleben kann vielleicht im größeren Maßstabe seine Wiederholung finden, wenn die Arbeiterschaft es am 5. März bei der Stimmzetteltaktion beläßt!

Es muß offen ausgesprochen werden, daß der Kampf um den Sozialismus keine parlamentarische Angelegenheit ist. Infolge dessen kann er Stimmzettel niemals eine wirksame Waffe gegen die faschistische Diktatur sein!

Die Parolen der SPD und KPD, die allgemein besagen, daß am 5. März an Hitler-Papen-Hugenberg die Antwort erteilt werden muß durch Wahl der Liste 2 oder 3, bedeuten weiter nichts als ein Ausweichen oder Hinausschieben der wirklichen Entscheidungsschlacht.

Zu dieser Entscheidungsschlacht muß das Proletariat seine Kräfte sammeln. Es darf nicht versacken im Sumpf der parlamentarischen Stimmzetteldemokratie — oder es wird ein grausiges Erwachen geben in den Fesseln faschistischer Barbarei!

Drei Wochen ist nun schon Adolf Hitler ein eifriger Mitarbeiter im Kreise der „machtungstrigen Katastrophenpolitiker“ und wie das so üblich ist bei diesen „feinen Leuten“, versetzt auch er durch gewaltige Reden notwendige Taten zu ersuchen. Allerdings kann man auf diesem Gebiete einen kleinen Fortschritt sehen, denn während bei Herrn von Schleicher das Regierungsprogramm nur aus einem Punkt, nämlich „Arbeit beschaffen“ bestand, hat Herr Hitler doch etwas mehr auf dem Kasten. Und so verkündete er in einer „gewaltigen Rede“ am 10. Februar in Berlin nicht weniger als neun Punkte seines „Regierungsprogramms“, von dem der erste so vielsprechend lautet: „Wir wollen nicht lügen und wir wollen nicht schwindeln“. Nun, wir zweifeln nicht an der Aufrichtigkeit der Bestrebungen des Herrn Hitler, aber wir glauben be merken zu müssen, daß eigentlich mit großartigen Reden in der Veranzugzeit sehr wenig gemacht worden ist. Großartig wurde in der ersten Rundfunkrede die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch einen „Vierjahresplan“ angekündigt. Der Anfang dazu wurde auch schon gemacht. Der ehemalige „Börsenzeitungsredakteur“ Funk hat „Arbeit“ als Reichspressesekretär bekommen. Der Nazi-Justizrat Luetgebrake hat „Arbeit“ als Ministerialrat im preussischen Justizministerium bekommen. Die Herren Hall, Hinkel, Plünder, Kolb, Dalnegre, sie alle haben ebenfalls Arbeit bekommen. ... Aber den acht Millionen Er-

Erste Umschau im Dritten Reich

Das dritte Reich, das „Reich der Herrlichkeit und Gerechtigkeit“ ist angebrochen. Es gibt zwar keine Arbeit, kein Brot, keinen nationalen Sozialismus, aber etwas verspürt man doch von dem „Aubruch der Nation“. Es wird ernst gemacht mit der Parole „Straße frei für die SA!“. Die Großoffensive gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft ist eröffnet. Kein Tag vergeht ohne Terrorakte der SA. Wir gehen folgenden kurzen Ueberblick:

In der Nacht vom ersten zum zweiten Februar wurde in Berlin-Charlottenburg der Arbeiter Paul Schulz von Nationalsozialisten erschossen, ein zweiter Arbeiter schwer verletzt. In der Nacht vom 2. zum 3. Februar kam es an mehreren Orten zu SA-Führerüberfällen. In Duisburg wurde eine am Fenster stehende Arbeiterfrau erschossen. In Witte an der Ruhr wurde ein Demonstrationszug der SPD von der SA in der Höhe von 11 Arbeiter verletzt, darunter 4 schwer verwundet, ein Arbeiter wurde in Köln einen Feuerüberfall der SA, ein Arbeiter wurde schwer verletzt. In der Nacht vom 5. zum 6. Februar wurde in Berlin-Schöneberg und erschloß die Wirtin Frau Röder. In der Nacht vom 6. zum 7. Februar schoß die SA in Kottbusch auf den Arbeiter Fritz Reuter getötet, eine seiner Begleiter schwer verletzt. Am 7. Februar wurde der Schöffers-Neckeritz durch Schüsse von Nationalsozialisten schwer verwundet. Die kommunistischen Arbeiter E. Berner und Alfred wurden, die kommunistischen Arbeiter in Berlin nach einem Versammlungsbesuch von Nationalsozialisten erschossen. Am 8. Februar wurden wieder Arbeiter, die aus einer Versammlung in Berlin-Wilmersdorf kamen, von Nazis überfallen, zwei Arbeiter und die Arbeiterin Alice Radex wurden schwer verletzt. Am 9. Februar ver-

übten Nazis im Osten Berlins, in der Schillingstr., einen Ueberfall, wobei ein Arbeiter Messerstücke in die Schläfengegend erhielt und blutüberströmt zusammenbrach. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ein Kommentar erhebt sich:

Die „Gerechtigkeit“ im dritten Reich geht aber auch andere Wege. Von Regierungsseite werden die „marxistischen Untermenschen“ mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpft. Es ist nicht schwer, sich in den Gesetzen zurecht zu finden: Erlaubt ist, was die Regierung in ihrer Macht unterstützt, was im Interesse des „Aubruchs der Nation“ geschieht; alles andere ist — kurz gesagt — verboten. (Siehe die neue Presse-Verordnung). Bereits am 2. Februar wurden vom Innenministerium sämtliche kommunistischen Kundgebungen unter freiem Himmel verboten. Das Trauergeleit für die drei von den Nazis getöteten Berliner Arbeiter wurde verboten. Der Antikommunizismus der Mitte Februar stattfindend sollte, wurde verboten. Sämtliche Arbeiterversammlungen, häufig auch Mitgliederversammlungen werden polizeilich überwacht. Die Arbeiterpresse wird rücksichtslos zum Schweigen gebracht. Die Rote Falne war seit dem 1. Februar mehrmals beschlagnahmt bzw. verboten und ist ab 11. 2. wieder für 14 Tage verboten. Die Rührpresse der KPD wurde ab 2. für 4 Wochen verboten. Selbst der „Vorwärts“ war 3 Tage verboten! Aber vergessen wir es nicht: all dies geschieht auf dem Boden der Weimarer Verfassung! Wie heißt doch der Artikel 118? „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern.“ Haben wir nicht noch immer die Freiheit, zu loben, was von oben kommt?

Bourgeoisie zu folgen, und dem Reichsbanner die Mitarbeit am Wehrsport untersagte. Das besagt natürlich nicht, daß die SPD von nun an eine grundsätzlich andere Politik einschlägt. Die SPD fürchtet nur, einen großen Teil ihrer Mitglieder, unter denen es ohnehin zart, zu sehr von der Kopf zu stoßen. Das Reichsbanner wies mit Recht darauf hin, daß die Beteiligung am Reichskuratorium mit die konsequente Fortsetzung der Panzerkreuzer-Politik und der Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst bedeuten würde.

Mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes wird die Bourgeoisie auch immer die SPD am Reichskuratorium zum Ziel gelangen, zumal ihr noch allerlei Hilfskräfte in den SA- und SS-Truppen zur Verfügung stehen. Nur dann wird der Bourgeoisie ein Strich durch die Rechnung gemacht werden, wenn das klassenbewußte Proletariat seine Aufgabe erkennt und dem Militarismuszuspuk ein Ende bereitet.

Aus den Bezirken der Union

Magdeburg

Die Ortsgruppe Magdeburg der KAU veranstaltete am Mittwoch den 18. Januar, eine öffentliche Versammlung. Als Referent sprach ein Berliner Genosse über das Thema: „Wirtschaftlicher Aufbau oder kapitalistischer Zusammenbruch.“ Die Ausführungen des Referenten gingen aus von den kapitalistischen Krisenverhältnissen der heutigen Geschichtsepochen. Eine Kritik der parlamentarischen Parteien von rechts bis links zeigte die Unfähigkeit dieser Organisationen, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden. SPD-Praxis und Bernsteinische Theorie, das „Hineinwachsen“ in den Sozialismus bis zum Leib- und Magen doktor der kapitalistischen Gesellschaft, wurden beleuchtet und die Unmöglichkeit der praktischen Verwirklichung dieser Theorien aufzeigt. Der Referent brandmarkte die NSDAP als Kettenhund des Monopolkapitalismus und zerpfückte ihre vollkommen verlogenen und vernagelten Programme, so daß ein „Nichts“ übrig blieb. Anschließend ging er auf die Politik der Komm.-Partei ein.

Er wies an praktischen Beispielen den ewigen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis in der Parlaments- und Gewerkschaftspolitik der KPD nach. In der den Ausführungen des Genossen Referenten folgend Diskussion erteilte ein Genosse der Syndikalistischen das Wort. Es war dem Referenten in seinem Sinnvollwert ein Leichtes, auf Grund der Einsicht in die Bedingungen des Klassenkampfes und der Erkenntnisse von der Richtigkeit der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung, den syndikalistischen Genossen in seinen eigenen Widersprüchen bloßzustellen. Das aufmerksame Anhören der Ausführungen des Referenten bewies, daß die anwesenden Gäste und Genossen mit diesen Ausführungen einverstanden waren. An uns wird es liegen, die mit uns sympathisierenden Arbeiter ideologisch und organisatorisch zu erlassen, um als fester und entschlossener Kern bei der unabweislichen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit ziel- und richtungszweckend wirken zu können.

Massenversammlung in Gentlin

Unter dem Thema „Führer oder Masse?“ hielt die hiesige Ortsgruppe der KAU, tatkräftig unterstützt durch Brandenburger

BÜCHER ALLER WISSENSGEBIETE

Alle einschlägige sozialistische und kommunistische Literatur / Romane Neuerscheinungen aller Art

Zu beziehen durch:

NEUER ARBEITER-VERLAG
 (Franz Rothler) : Berlin O 112 : Grünberger Straße 4

Aus der Broschüre „Massenaktion“

Der Massenkampf in der Gegenwart

Die jüngsten Ereignisse in verschiedenen Ländern haben die geschichtlichen Massenstreik-Lehren im Feuer der Praxis erhartet. Aus dem täglichen Kleinkrieg zwischen Kapital und Arbeit ragen 1932 hoch hinaus der Massenstreik in Belgien, der Massenstreik in Spanien, die Streikaktionen der Weber von Lancashire, die polnischen Bergarbeiterkämpfe in Dombrowa, der Kampf der tschechischen Kohlenarbeiter und schließlich der große Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Alle diese Kämpfe waren ein scharfer Spiegel für die reaktionäre Rolle der Gewerkschaften und für den eingetretenen Umschlag des Klassenkampfes auf das politische Feld.

Ein Musterbeispiel dafür war besonders der Berliner Verkehrsstreik. Dieser Kampf einer Arbeiterschaft mit sozialen Vergünstigungen (Pensionsanspruch etc.) zeigt, daß der fortgesetzte Lohnraub bereits jene äußerste Grenze der Unerträglichkeit erreicht hat, wo trotz aller gewerkschaftlich sanktionierten Schlichtungsmaßnahmen die Massen spontan zum Ausbruch drängen und selbst die Nazi-Arbeiter Solidarität über müssen. Die BVG-Proleten wollten selbstverständlich nach altem Gewerkschaftspraxis nur die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen abwenden, es ging für sie lediglich um das berühmte „Stück Brot“. Aber ihre Rebellion gegen den verblüffend erklärten Schlichtungsanspruch rief sofort die kapitalistische Staatsgewalt auf den Plan. Die Schupo wurde zur Weiterführung des Verkehrs eingesetzt, der Schlichtungsapparat wurde für die Aktienbesitzer angeköhlt und als Drittes in dieser Bunde zur Verteidigung der kapitalistischen Interessen organisierte die „zuständige“ Gewerkschaftsbürokratie die Niederknüpfung der BVG-Arbeiter durch polizeilich gesicherten Streikbruch.

So wurde der rein wirtschaftliche Berliner Verkehrsstreik sofort zu einem politischen Kampf, — nicht durch den Willen der streikenden Arbeiter, sondern durch das Eingreifen des Staates, der als Instrument der Kapitals-Konzerne heute auch ein Machtwort zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist. Die BVG-Proleten haben gewiß gegenüber dem infamen Gewerkschaftsverband standgehalten, doch dies konnten sie nur auf Grund der aktiven Unterstützung durch die Arbeitslosen. Aber letztendlich siegte doch der kapitalistisch-staatlich-gewerkschaftliche Dreibund, denn die Streikenden zogen aus dem politischen Charakter ihres Kampfes nicht die notwendigen revolutionären Schlufffolgerungen.

Genossen, am 17. 1. eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab. Diese Versammlung diente ausschließlich einer Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten, auf deren Veranstaltung die Versammlung einberufen wurde.

Ausgehend von der internationalen Krise des kapitalistischen Systems, ihren Ursachen und Wirkungen, auch im faschistischen Italien und bolschewistischen Rußland, schilderte unser Referent die verheerlichen Versuche der Kapitalisten und ihrer „Aerzte“, um zur Gesundung der Wirtschaft und Liquidierung der Krise zu kommen.

In der Diskussion sprach ein Herr Kubach, Mitglied der NSDAP aus Leipzig. Schon durch sein ironisch-überlegen-sein-wollendes Auftreten deutete dieser Herr an, daß er nicht gewillt war und instand ist, auf die sachlichen Argumente und Beweise unseres Genossen einzugehen, sondern daß er mit Hilfe dieses Tuns und einer gehörigen Portion Demagogie sich aus der

Der Nazispiegel

Wie die Wirtschaft unter dem Faschismus angekerbelt wird

Mehr als Zweidrittel der italienischen Arbeitslosen ohne Unterstützung!

Rom, 15. Januar 1933. Die Zahl der Arbeitslosen, die Ende November 1 638 757 betragen hat, ist im Dezember auf 1 124 654 Arbeitslose gestiegen, von denen 296 000 im Genäu einer (?) Arbeitslosen-Unterstützung standen.

Da die amtlichen Statistiken Lügenberichte sind, ist anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der Nicht-unterstützten viel höher ist, und das im Angesicht des Vorbildes aller Nazis, Mussolini, und im Angesicht des Stellvertreters des „lieben Gottes“ auf Erden.

Faschistische Waffenschiebungen

Der Hirtenberger Waffenskandal

Paris, 19. Januar. Der Außen-Ausschuß der Kammer hat sich gestern mit der Hirtenberger Waffens-Affäre beschäftigt. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Pierre Cot, bestätigte die von der sozialistischen Presse veröffentlichten Nachrichten.

Nach den Ausführungen des Dollfuß haben 47 Waggons mit Waffen für Ungarn die österreichische Grenze passiert. Der sozialistische Abgeordnete Longuet erklärte: „daß nicht weniger als 65 000 Gewehre und 200 Maschinengewehre modernster italienischer Konstruktion nach Italien nach Ungarn geschickt worden seien. Die Waffen sind von Verona von einem Major Giuseppe Cortese an die Hirtenberger Waffenfabrik unter der Adresse eines gewissen Herrn Mandl abgesandt worden.“

Nun wird man große Petitionen an den Völkerbund richten. Man wird sich an die erstellten Hemdreden schliessen, denn das ist alles billig. Inzwischen wird aus dem Protest das Geld herausgequetscht, um diese Wortwale, die doch nur dazu da sind, gegen Arbeiter gerichtet zu werden, zu bezahlen. (Die Zeiten sind angeblich nicht auf der Welt für Waffenschleher).

Die „freundlichen“, „feindlichen“ Brüder

Aus Innsbruck wird unter dem 18. Januar folgendes gemeldet: Heute nacht kam es auf der Innbrücke zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Heimwehrleuten. Als beide Gruppen beim Vorbeimarsch aneinander „Heil Hitler“ beziehungsweise „Heil Starobemberg“ riefen, entstand eine Schlägerei. Zwei Beteiligte erlitten schwere Verletzungen am Kopf, zahlreiche andere Personen leichtere Verletzungen.

Die braune Wache weint! (?)

... Am Samstag vor dem goldenen Sonntag war mittags die tägliche Haussache im Hitler-Haus (Wien) abgelesen. An ihre Stelle traten andere Nazimänner. Da erregte sich folgendes: Im Wohnzimmer begannen sich die Augen der anwesenden SS-Männer mit Tränen zu füllen und eilten sie in den Hof und schauten nach der Ursache der rätselhaften Erscheinung. Sie

Situation retten wollte. Er sang in allen Tönen das Lied auf „Adolf den Großen“.

Da sich kein weiterer Diskussionsredner meldete, erhielt der Referent das Schlusswort obwohl Kubach beantragte, darüber abzustimmen. Unser Genosse stellte fest, daß seinen positiven Argumenten nichts, aber auch gar nichts entgegen gesetzt wurde. Die Ausführungen, welche Herr Kubach zum Besten gegeben habe, bezeugen eine derartige Unkenntnis mit den Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens, wie das eben nur bei „Führern“ möglich ist.

Die Ausführungen unseres Genossen wurden mit Ausnahme des SS und SA und des für eine derartige Materie ebenfalls nicht aufnahmefähigen Kleinbürgerertums, von den anwesenden Arbeitern mit größter Ruhe angehört, und war der Abend ein Erfolg für uns. Die KPD, die uns Rätekommunisten sonst immer Sektererei vorwirft, hat sich in dieser Versammlung amüschwigen. Das muß besonders festgehalten werden!

Der braune Spuk

Es gab einmal einen Nazimann, der stritt sich mit einem armen um das „Weib“. Da die „Eifersucht“ ein Uebel ist, welche auch den „stärksten“ „deutschen“ Mann „umliegen“ kann, rief man zu den Messern, da man ja heute keine „Siegfriedschwertler“ mehr hat, — und die noch da sind, sind nur zum „Ausehen“ da.

Jederfalls erlag der Nazi Wessel in diesem urteilslosen Kampfe. Er wurde der „Martyrer“ der „Berliner“ und „deutschen“ SA und SS. Man hat ihm einen Grabstein gesetzt, wogegen sämtliche gestorbenen Familienangehörigen auch dort Platz haben, und am letzten Sonntag ist man mit „Kind und Kack“ nach dem Friedhof gegangen. Das wäre alles nicht schlimm, wenn nicht durch den Beifall: Aufstellung mit Frau Karl Liebknecht-Haus! Die gesamte Berliner revolutionäre Arbeiterschaft provoziert werden sollte! Zum Schutze nicht der Arbeiter, sondern der Berliner Arbeiterschaft auf dem Damm der Stille. Die Arbeiter Arbeiterschaft auf dem Damm der Stille. Die Arbeiter Arbeiterschaft auf dem Damm der Stille. Die Arbeiter Arbeiterschaft auf dem Damm der Stille. Die Arbeiter Arbeiterschaft auf dem Damm der Stille.

Hoffentlich ziehen die Berliner Proleten die Lehren aus den Vorzügen des Sonntages und lassen sich in Zukunft nicht mehr von ihren „Führern“ dirigieren, sondern handeln selbst und mit allen ihnen zu Gebote stehenden proletarischen Mitteln!

NB. Und trotzdem über die oben erwähnten Dinge einmal die sozialdemokratischen Minister von Preußen verurteilen, sind sie vor einem Reichswahlertag mit ein paar Mann ausserseits herausgeber u. für den Inhalt verantwortlich; R. Schultze, Ill. Druckerei I. Arbeiter-Literatur, W. Iszonatz, Berlin, Lange Str. 10

Unser Genosse
WILHELM KRÄGENBRING
 ist im Alter von 42 Jahren verstorben.
 Sein edler, aufrechter Charakter sichert ihm ein
 Andenken bis über das Grab hinaus.
 KAU-Ortsgruppe Rüstingen.

**Enormer Mitgliederrückgang
 im ADGB trotz Werberummel**

„Die Anziehungskraft der Gewerkschaften ist nicht geschwächt, sondern verstärkt worden.“ Dieser präsenhafte Satz, der die Tatsachen in das Gegenteil umstößt, ist in einem Gewerkschaftsartikel, im „Vorwärts“ vom 21. 12. 32 zu finden. Durch was die „Anziehungskraft der Gewerkschaften“ verursacht, und wo sie in der Welt der Wirklichkeit anzutreffen ist, erfährt man in diesem Artikel nicht. Der Artikel bestätigt eher das Gegenteil selbst, es heißt da einleitend: „Die Gewerkschaften sind in die Defensive gedrängt. Sie müssen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinnehmen.“ Hier gestehen die Gewerkschaften selbst, daß sie unfähig sind, in der Zerfallsepoche des Kapitalismus, die sich als Dauerkrise auswirkt, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Diese Tatsache kann doch bestimmt nicht fördernd für die „Anziehungskraft der Gewerkschaften“ wirken, und ihre organisatorische Verbundenheit mit der kapitalistischen Gesellschaft sowie ihre Streikbruchtaktik doch auch nicht. Da in Wirklichkeit keine „Anziehungskraft“ zu finden ist, sondern nur ein gewaltiger Mitgliederschwund, versuchen die Gewerkschaften mit sofort erkennbaren Zauberkunststücken, ihren Mitgliedern eine „Anziehungskraft“ vorzutäuschen. Wir wollen kurz die Tricks der Seifen- und Zauberkünstler des ADGB enthüllen.

Der ADGB hatte in Berlin einen achtwöchigen Werberummel veranstaltet, durch den 5600 Mitglieder gewonnen wurden. Dieses dürftige Ergebnis wurde aber nur dadurch erzielt, daß man für je 6 gewonnene Mitglieder eine Werberprämie im Wert von 3 Mark ausstrebte. Nach dieser Werberrechnung läßt die Gewerkschaften

für 2800 Mark neue Mitglieder zu buchen. Also ganze 5600 „neue“ Mitglieder haben die Gewerkschaften für 2800 Mark gewonnen. — wieviel haben sie aber verloren, und wie verhält sich die Summe der verlorenen zu den gewonnenen Mitgliedern? — Erst die Beantwortung dieser Fragen zeigt in ganzer Größe die „Anziehungskraft der Gewerkschaften“!

In einem Artikel des „Vorwärts“ vom 1. 1. 33 wird festgestellt, daß die Gewerkschaften im Jahre 1932 in der Zeit vom 1. Januar bis Ende September 831 596 Mitglieder verloren haben. Demnach haben die Gewerkschaften im Jahre 1932 in einem 3/4 Jahr 531 596 Mitglieder verloren und ganze 5600 gewonnen. Die Kurve des Mitgliederschwundes steigt rapide. Im Jahre 1931 sank die Mitgliederzahl des ADGB von 4 716 569 auf 4 134 902 und im Herbst 1932 hat sie 3 603 260 erreicht. Heute werden die Gewerkschaften höchstens noch 2 5 Millionen Mitglieder zählen. So sieht in Wirklichkeit die „Anziehungskraft der Gewerkschaften“ aus.

Eine Massenflucht aus den Streikbruchtgewerkschaften hat eingesetzt. Erfolgreich bei dieser Tatsache ist, daß die Massen trotz der KPD-Gewerkschaftstaktik, die bemittelt ist, die Arbeiter als Beitragszahler in den Gewerkschaften zu halten, doch die Gewerkschaften verlassen. Die Zellentaktik der KPD ist bankrott — die harten Schläge der Verhältnisse sind stärker als die opportunistischen „Theorien“ der KPD.

Die KAU hat trotz der Dauerkrise des Kapitalismus keine Mitglieder verloren, sondern ihre Reihen verstärken können. Die Proletarier, die aus revolutionärer Erkenntnis die Gewerkschaften verlassen, müssen den Weg zur proletarischen Klassenorganisation finden, wo sie selbst über ihren Betriebskampf entscheiden. — Erst dann wird sich die Massenflucht aus den Gewerkschaften zum Nutzen der proletarischen Befreiung auswirken. Diesen Klärungsprozeß der Massen zu fördern und zu fundamentieren, ist eine der Hauptaufgaben der KAU.

Bericht aus Dänemark

Kopenhagen, den 31. 1. 33.

(Duo) Die dänischen Arbeitgeber hatten seit langer Zeit schon einen Lockout (Arbeiteraussperrung) angekündigt. Vor 14 Tagen wurden von Seiten der Arbeitgeber die Verträge mit den meisten Arbeiterorganisationen gekündigt; nur nicht mit den Arbeitern des Staates und der lebensnotwendigen Betriebe. Ueber 200 000 organisierte Arbeiter sollten auf die Straße fliegen. Das Programm der Arbeitgeber war: 20 Proz. Lohnabbau. Der Schlichter trat in Tätigkeit, verweigerte aber letzte Woche zu schlichten, da sich die beiden Gruppen all zu kraß gegenüber ständen. Somit wäre der Lockout eine Tatsache geworden, falls nicht die sozialdemokratische radikale Regierung eingegriffen hätte. Der Staatsminister Stauning (ein alter Sozialdemokrat) machte den Vorschlag, daß im Zeitraum eines Jahres — also vom 1. Februar 33 bis 1. Februar 34 — keine Arbeiteraussperrung und kein Streik stattfinden dürfe. Es wurde mit den verschiedenen bürgerlichen Parteien erst verhandelt. Heute nacht wurde dieser Vorschlag angenommen mit 70 Stimmen gegen 28 Stimmen. Die Bauernpartei enthielt sich der Abstimmung. Die sozialdemokratische Regierung hat hiermit offen erklärt, daß vorläufig kein Klassenkampf stattfinden darf. Die Arbeitgeber dürfen nicht ausschließen, und den Arbeitern ist das Streikrecht geraubt worden. Warum? Eben um ein reformistisches Programm zur Aufrechterhaltung des bürgerlichen Staates durchführen zu können. Das ist Bürgerfrieden!

Die Sozialdemokratie hat wieder die rote Fahne durch die Gassen schleifen lassen. Die soz. Regierung hat hiermit bewiesen, daß sie keine Arbeiterpolitik treibt. Einige tausend Arbeiter Kopenhagens demonstrieren am Reichstag. Die Polizei benutzte zum ersten Mal in Dänemark Tränengas. Die Arbeiter wurden nach Hause getrieben.

Die sozialdemokratische Justiz hat viele Arbeiter ins Gefängnis gebracht, indem auch die wirtschaftliche Lage Dänemarks in diesem Winter besonders verschärft worden ist. Ein kleiner Teil der organisierten Arbeiterklasse rüstet sich zum oppositionellen Kampf, leider aber ist ihr Ziel nicht der Sturz des kapitalistischen Systems, sondern nur ein radikalisiertes Reformprogramm, wie Arbeitsbeschaffungspläne etc. Daß die KP Dänemarks hier eine besondere Rolle spielt, sei bloß genannt, weil ihre Politik aus Phrasendrescherei besteht. Die dänischen Arbeiter gehen schweren Zeiten entgegen; zusammen mit dem übrigen Weltproletariat müssen sie unter neuen Organisationsformen kämpfen, wenn sie siegen wollen.

Sind Kranke arbeitsfähig

In der Sowjetunion, dem Staat ohne Arbeitslose, hat man neuerdings herausgefunden, daß auch Kranke arbeitsfähig sind.

In der „Inprekorr“ vom 3. 1. 33 kann man in dem Artikel: „Neue Arbeit — Neues Leben — AEG in zwei Welten“ lesen, daß in der russischen AEG — dem Charkower Elektromechanischen Schulbetrieb — eine Diätküche für 552 Arbeiter besteht. In der Arbeiter beköstigt werden, die Magenbeschwerden oder andere Magenkrankheiten haben, an Nierenkrankungen oder akuter Darmentzündung leiden. Der Arzt, der die Diätküche leitet, steht auf dem Standpunkt, daß die letztere Erkrankung (eine meist fieberhaft verlaufende, sehr schwächende Krankheit) schneller ausheilt, wenn der Kranke arbeitet, als wenn er sich zu Bett legt. Wörtlich äußerte er sich gegenüber dem Berichterstatter der Inprekorr: „Der Rhythmus der Arbeit — natürlich muß dem Kranken eine entsprechende Arbeit zugewiesen werden — wirkt bei dieser Arbeit heilend.“ Neben der Diätküche besteht in dem Betrieb ein Speisesaal für Lungenkranke und Kranke, bei denen sonst irgend eine Ansteckungsmöglichkeit besteht“. Dem zitierten Satz zufolge handelt es sich also auch um Lungenkranke in einem ansteckenden Stadium der Erkrankung!

Die Krankheitsziffer in dem Betrieb scheint ca. 3 Proz. zu betragen, da bei einer Belegschaft von 18 000 Arbeitern über 550 durch die Diätküche bzw. in dem Speisesaal für Ansteckend-Kranke beköstigt werden. Nun soll gewiß nicht bestritten werden, daß einzelne Arbeiter mit chronischen Krankheiten, auch Lungenkranke in einem

inaktiven Stadium der Krankheit arbeitsfähig sind. Natürlich braucht nicht jeder, der ein Magenleiden hat, im Bett zu liegen oder zu Hause zu bleiben; aber die durchschnittliche Zahl von Kranken, mit der man in dem Betrieb rechnet, und die Angaben über die Art der Erkrankungen zeigen, daß die Theorie von der Arbeitsfähigkeit der Kranken nicht im Interesse der Kranken, sondern im Interesse des Industrie-Aufbaus erfunden worden ist. (k. v. 19) Da die Gesunden für den Menschenbedarf der Industrie nicht ausreichen, müssen auch die Kranken arbeiten können sie auch so schwach sein wie Lungenkranke im ansteckenden Stadium, die noch dazu außerhalb des Speisesaals andere Arbeiter gefährden.

Die Sowjetunion hat wirklich keine Veranlassung, sich auf Grund dieser Zustände ihrer sozialen Einstellung zu rühmen, die Wohlfahrt der russischen AEG gegenüber der deutschen AEG zu preisen. Während die Mißstände in der deutschen AEG Folge des niedergehenden Kapitalismus sind, entsprechen die Zustände in der russischen AEG der Frühzeit des Kapitalismus in Westeuropa mit ihrer Ausbeutung von Frauen und Kindern. Auch in dieser Zeit gab es Ärzte, die bescheinigten, daß Nacharbeit und 10-Stundentag der Gesundheit von Kindern absolut nicht schade! Allerdings betreibt man in dem heutigen Rußland die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft etwas so schickler und etwas raffinierter als in den westeuropäischen Anfangsstadien der kapitalistischen Entwicklung!

Aus anderen Organisationen

Landesgebiet Nordostdeutschland der Gemeinschaft proletarischer Freidenker hat getagt

Am 5. Februar 1933 tagte in Berlin die Landesgebietskonferenz der GpPD-Nordost. Sie nahm den Bericht der Landesleitung entgegen, der zum Ausdruck brachte, daß die Organisation trotz vieler Schwierigkeiten und der Wirtschaftskrise stetig an Boden gewinnt.

Das Referat über die kulturpolitische Situation und die Aufgaben der GpPD hielt der Gen. R. Rooker. Er stellte als eine wesentliche Aufgabe der GpPD die Beteiligung an den Elternbeiträgen dar, was darauf hin, daß seit Jahren die Arbeiterschaft auf diesem Gebiet viel versäumt habe.

Für die Diskussion waren zehn Minuten in der Geschäftsordnung vorgesehen. Da ein Delegierter zum Referat grundsätzlich von einem anderen weltanschaulichen Standpunkte Stellung nehmen wollte, lag ein Antrag vor, dem betreffenden Delegierten eine 15minütige Redezeit zu gewähren. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dagegen lag ein Antrag vor, keine Diskussion stattfinden zu lassen, weil sonst das Referat abgelehnt würde. Dieser Antrag wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. In der Diskussion trat nun folgendes Dilemma ein: Der Delegierte, der eine halbe Stunde grundsätzlich gegen Rookers Ausführungen sprechen wollte, erkrankte sich die halbe Stunde durch dauernde Abstimmungen jeweils nach 10 Minuten. Er konnte aus diesem Grunde sachlich und konkret nicht Stellung nehmen.

Der Referent Rooker gebarde sich während der Diskussionsrede des Gen. L., wie ein KPD-Führer, obwohl er Syndikalist ist, und forderte die Wortentziehung.

Die Stellung zur Jugend- und Kinderbewegung erlangte einige Stimmen die Ablehnung des Antrages der „Freih. Kinderbewegung“ und war ein Bekenntnis für eine Jugend- und Kinderbewegung entsprechend den Beschlüssen der letzten Reichskonferenz.

Bei der Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz erhielt der Vertreter der marxistischen Richtung die höchste Stimmenzahl. Zum Ausgang der Konferenz selbst muß gesagt werden, daß es Aufgabe der Rätekommunisten sein wird, innerhalb der Organisation für wirkliche prof. Demokratie zu kämpfen, damit Zwischenfälle, wie auf dieser Konferenz, in Zukunft unterbleiben.

Druckerei: Arbeiter-Literatur, W. Iszodonat, Berlin, Lange Str. 79
 Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: E. Herbert, Berlin-Reinickendorf-West

Aus der Broschüre „Massenaktion“

Der Massenkampf in der Geschichte

Das revolutionäre Kampfmittel der Massenaktion wurde schon viele Jahre vor dem Weltkrieg angewendet. Die belgische Arbeiterschaft hat in den Jahren 1886, 1891, 1895, 1902 und 1915 große Massenstreiks durchgeführt. Ferner spielte der Massenstreik in der russischen Revolution 1905 eine wichtige Rolle bei der Aufrüttelung der Arbeitersichten.

Wenn auch die damaligen Streikziele heute überholt sind, so haben gerade die Massenkämpfe der Vorkriegszeit eine bleibende Bedeutung für das internationale Proletariat, denn sie lösten in der organisierten Arbeiterschaft eine allgemeine Generaldiskussion über die proletarische Klassenkampfaktik aus, die mit aller prinzipiellen Schärfe geführt wurde und eine Fülle revolutionärer Lehren zutage förderte. Ein Rückblick ist deshalb besonders in Interesse des deutschen Proletariats notwendig.

a) Die Stellung der Partei und Gewerkschaften

Marx und Engels haben immer wieder auf die historische Notwendigkeit hingewiesen, daß die Arbeiter über den ökonomischen Kampf hinausgehen müssen zum politischen Machtkampf gegen die gesamte kapitalistische Ordnung, wenn das Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse erreicht werden soll. Der politische Streik ist deshalb eine starke Antriebskraft in der Entwicklung des Arbeiterkampfes.

Die offizielle Führung der Sozialdemokratie jedoch konnte sich selbst unter dem gewaltigen Eindruck der belgischen Massenstreiks nicht zu einer klaren Stellungnahme zu dieser revolutionären Kampfmethodik durchringen. Sie befürwortete wohl den Streik als politische Waffe des Proletariats, blieb aber dabei stecken in der anarcho-syndikalistischen Idee eines Generalstreiks, bei dem nach monatelanger bürokratischer Vorbereitung die Organisationsleitung „nur auf den Knopf zu drücken“ braucht. So propagierte Rudolf Hilferding 1905 in der „Neuen Zeit“ einen „absolut friedlichen“ Massenstreik, der „eine ununterbrochene Weiterentwicklung“ der parlamentarischen Bewegung „sichern“ sollte.

Hier zeigt sich schon deutlich das Ueberwuchern des Reformismus, der die Frage des Machtkampfes um den Sturz des Kapitalismus einfach beiseite schiebt. Die parlamentarische Versumpfung war schon so weit vorgeschritten, daß der Traum vom gewaltlosen Sieg der Arbeiterklasse bereits die Hirne der sozialdemokratischen Theoretiker umnebelte. Es ist

deshalb kein Wunder, daß 1902 und 1915 die belgischen Massenstreiks von der sozialdemokratischen Führung (Vandervelde) — die im Parlament mit dem liberalen Bürgertum paktierte — abgewürgt wurden, auf Grund fadenscheiniger Versprechungen der Bourgeoisie.

Auch eine wichtige Erklärung von Karl Kautsky muß noch festgehalten werden. Er schrieb 1914 in einem Buch „Der politische Massenstreik“ unter anderem:

„Wenn wir in Deutschland in eine Situation kämen, in der 1905 Rußland war... dann würden die Organisationen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften als die einzig unerschütterlichen Felsen im allgemeinen Chaos erscheinen, dann würden die bis dahin herrschenden Kreise freiwillig ihre Macht abtreten und sich in die Schutzhaft der Sozialdemokratie begeben, um vor der Volksmüt geschützt zu sein.“

Kautsky hat absolut richtig prophezeit: 1918 beim imperialistischen Zusammenbruch war die Sozialdemokratie die rettende Schutzhaft für die deutsche Bourgeoisie. —

Die Ablehnung und schließlich die Bekämpfung des Massenstreiks als revolutionäre Waffe des Proletariats war noch stärker bei der Gewerkschaftsbürokratie. Vor allem die deutsche Gewerkschaftsführung war schon immer ein fanatischer Gegner des direkten politischen Kampfes, und einer der ihren (Bömelburg) prägte ja das berühmte Schlagwort: „Generalstreik ist Generalsin!“ Auf dem Internationalen Kongress in Paris 1900 erklärte Karl Legien: „Solange keine starken Organisationen vorhanden sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutierbar.“

Also erst eine riesige Millionenorganisation und ein Millionenstreikfond, und dann kann erst über das Thema diskutiert werden. Wirklich, diese Vorstellung vom proletarischen Massenkampf ist — Generalsinn, was bisher jeder Massenstreik denn auch bewiesen hat! Auf dem Kölner Gewerkschaftskongress 1905 wurde schließlich ein Beschluß angenommen, der die Propaganda für politische Massenstreiks verbot.

Die Stellung der Gewerkschaften und SPD ist nur ein zwangsläufiges Resultat ihrer reformistischen Theorie und Praxis. Durch Parlamentarismus und Tarifwesen sind sie so fest in Staat und Wirtschaft des Kapitalismus eingegliedert worden, daß sie einfach keine revolutionären Kämpfe mehr führen können. Und seitdem die kapitalistische Krise auch die Existenzgrundlage der Sozialdemokratie und Gewerkschaften erschütterte, müssen sie den direkten Kampf zur Erdrosselung proletarischer Massenaktionen organisieren.